

**Der Vorstand der Arbeiterwohlfahrt Bezirksverband Niederrhein e.V.
hat in seiner Sitzung am 22.08.2005 folgenden Aufruf beschlossen:**

Aufruf

zur Bekämpfung der Kinderarmut und zur Sicherung der Zukunft unserer Gesellschaft

Jedes sechste Kind in Deutschland ist arm.

Eine weitere Verfestigung der Armutsstrukturen in Deutschland hat nicht nur verheerende Folgen für die Lebenssituation der betroffenen Kinder, sondern gefährdet auch die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft.

Es ist ein Skandal, dass Kinder in unserem reichen Land das größte Armutsrisiko darstellen. Die Bekämpfung der Kinderarmut ist für die AWO Niederrhein eine der wichtigsten gesellschaftlichen Herausforderungen in diesem Jahrzehnt.

Politiker aller Parteien sind aufgefordert, dem Problem der Kinderarmut nicht mehr länger auszuweichen und die notwendigen politischen Grundsatzentscheidungen zu treffen.

Der Aufruf der AWO Niederrhein stellt politische Forderungen und weist auf die Lebenssituation armer Kinder und politische Versäumnisse hin.

• Das Recht auf Erziehung und Bildung

Wir fordern:

Der Grundsatz des KJHG in §1 Abs.1

'Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Förderung seiner Entwicklung und auf Erziehung zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit.'

muss für alle und insbesondere für arme Kinder verwirklicht werden.

Eine zukünftige Politik muss dem Kindeswohl einen höheren Stellenwert einräumen und sicherstellen, dass unsere Gesellschaft, insbesondere in den Bereichen Jugend, Soziales, Gesundheit, Wohnen, Schule, Arbeit, Frauen und Sport den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen gerecht wird.

Wir stellen fest:

Es besteht ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Armut und Umfang von Versorgungs- und Entwicklungsdefiziten bei Kindern. Je länger die Armut andauert, desto häufiger sind die kindlichen Auffälligkeiten und schulisches Versagen.

Eine (weitere) marktradikale Politik führt zu einer Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Folgen sind eine Privatisierung von Lebensrisiken, der Abbau von Sozialleistungen, der Verlust an sozialen Bindungen und Wertorientierungen, sowie zunehmende soziale Ungleichheit. Kinder und Jugendliche sind davon im besonderen Maße betroffen. Ihre Situation ist gekennzeichnet durch:

- Wachsende Chancenungleichheit und Perspektivlosigkeit
- Zunehmende kulturelle und materielle Armut
- Gesundheitliche Defizite
- Soziale Ausgrenzung

• **Eine Infrastruktur und Grundsicherung für arme Kinder**

Wir fordern:

'Ungleichheit muss mit Ungleichheit bekämpft werden.'

Zur Verbesserung der materiellen Lebenssituation armer Kinder sind in Deutschland **0,26% des Bruttosozialproduktes – in Zahlen 5,11 Mrd. €¹**

einzusetzen. Diese Mittel sind in eine Infrastruktur zur Verbesserung der Lebenssituation armer Kinder einzubringen.

Eine Grundsicherung für arme Kinder in der Höhe von **300,00 EURO²** ist für die notwendige materielle Versorgung – Wohnen, Nahrung, Kleidung und Möglichkeiten der Partizipation – zu schaffen.

Eine künftige Politik muss sicherstellen, dass diese Leistungen bei den armen Kindern als wirtschaftliche Jugendhilfe auch ankommen.

Zukünftige Armuts- und Reichtumsberichte des Bundes, der Länder, der Kreise und Kommunen müssen besonders die Lebenssituation armer Kinder ins Blickfeld rücken.

Wir stellen fest:

Kinderarmut ist kein naturwüchsiges Phänomen, sie ist das Ergebnis falscher politischer Grundsatzentscheidungen. Eine Studie der Fachhochschule Düsseldorf stellt fest, dass nur 026% des Bruttosozialproduktes eingesetzt werden müssen, um auf armutsbedingte Defizite bei Kindern präventiv und angemessen zu reagieren. Es ist kein Zufall, dass Deutschland in

¹ ermittelt von der Fachhochschule Düsseldorf

² so beschlossen bei der AWO Bundeskonferenz 1999

der PISA-Studie verglichen mit anderen Ländern bei der Integration benachteiligter Kinder den untersten Rang einnimmt.

Kinder können weder für ihre bedrückende Lebenssituation und ihre Zukunftsaussichten verantwortlich gemacht werden. Sanktionen gegen die Eltern werden vor allem auf die Kinder als schwächstes Glied in unserem Sozialstaat treffen.

- **Eine veränderte Politik für Kinder und Jugendliche**

Wir fordern:

'Prävention statt Krisenintervention.'

Die Ausrichtung der bisherigen Kinder-, Jugend-, Familien- und Bildungspolitik muss grundlegend verändert werden.

Der Schwerpunkt der Ressourcen einer Politik für Kinder und Jugendliche muss verlagert werden von der Krisenintervention, die in der Regel bei Kindern und Jugendlichen im Alter von 12 bis 17 Jahren ansetzt, hin zu einem prophylaktischen Ansatz, der insbesondere arme Kinder und ihre Eltern in den prägenden ersten Lebensjahren oder – noch besser – vor der Geburt des Kindes erreicht. Ziel muss der Aufbau einer Präventionskette von der Geburt bis zu Berufsausbildung sein, die dem Alltag armer Familien gerecht wird, sie über die verschiedenen institutionellen Übergänge hinweg begleitet und die Bildungs- und Entwicklungschancen vergrößert. Angebote der Beratung, Förderung und Begleitung sind grundsätzlich koordiniert und vernetzt als Gehstrukturen anzubieten. Ziel muss es sein, die Selbsthilfe zu stärken, um Eltern und Kinder langfristig aus sozialen Abhängigkeiten zu lösen. Es gilt, für diesen Ansatz eine tragfähige Struktur der Bildungs-, Kinder-, Jugend- Familien- und Gesundheitspolitik zu entwickeln. Durch diese veränderten Strukturen sind vor allem Bildungsgerechtigkeit und Chancengleichheit zu verwirklichen.

Wir stellen fest:

Während die Ausgaben für Prävention, z.B. in der offenen Kinder- und Jugendarbeit, ständig reduziert werden, haben sich in den letzten 10 Jahren die Kosten für die Fremdunterbringung in NRW mehr als verdoppelt auf heute 1,5 Mrd. EURO,

- **Einen Ausbau und Aufbau der Tagesbetreuung**

Wir fordern:

'Ein Rechtsanspruch auf Tagesbetreuung ist insbesondere für arme Kinder zu schaffen.'

Erforderlich sind der Ausbau und Aufbau der Betreuungskapazitäten für alle Kinder, flexiblere Öffnungszeiten und ein höherer Personalschlüssel für Einrichtungen mit einem hohen Anteil armer Kinder. Damit einhergehend sind systematische Strukturen zu entwickeln, die ver-

schiedene Förderangebote in den Tagesstätten garantieren. Insbesondere bei der Frühförderung von Kindern ist zur Verhinderung sozialer Ausgrenzung der quantitative sowie qualitative Ausbau voranzutreiben. Der geplante Ausbau der Betreuungskapazität für 0-3 jährige muss vor allem in diese Richtung führen. Die Angebote für 6 – 14 jährige Kindern sind solange vorzuhalten bis der Anspruch einer 9-jährigen Elementarstufe als Ganztagesesschule umgesetzt ist.

Wir stellen fest:

Armutsfolgen könnten zum Beispiel – wie das ISS feststellt – wesentlich reduziert werden, wenn Kinder aus dem Armutsmillieu bereits als Kleinkinder bis zum Schulalter eine qualifizierte Tagesbetreuung durchlaufen. Die noch weit verbreitete Vorstellung, dass Kinder arbeitsloser Eltern keine Tagesbetreuung benötigen, da die Eltern sich ja selbst um die Kinder kümmern können, ist den vielfältigen Problemen und Konflikten in solchen Familien nicht angemessen.

- **Eine Reformierung der schulischen Bildung**

Wir fordern:

'Das Schulsystem ist grundlegend zu reformieren.'

Die vorherrschende selektive Ausrichtung der Schule ist durch eine Neugestaltung der schulischen Bildung zu überwinden. Die individuelle Förderung, die Entwicklung von Lernfähigkeit und das soziale Lernen müssen zukünftig zentrale Inhalte von Schule sein. Jugendhilfe und Schule müssen unter Einbeziehung weiterer außerschulischer Anbieter einen korporativen Ansatz zur ganzheitlichen Förderung der Kinder und Jugendlichen entwickeln. Als neues Fundament einer an den o.g. Zielen orientierten schulischen Bildung ist eine 9-jährige Elementarstufe als Ganztageschule für alle Schüler einzurichten.

Wir stellen fest:

120.000 Kinder und Jugendliche verlassen jährlich unser Bildungssystem ohne Schulabschluss und ohne jede berufliche Perspektive. Kinder aus armen Familien erfahren schon im Grundschulalter die gravierendsten Benachteiligungen.

Im Verlauf der Schulzeit werden diese Benachteiligungen durch die Schule nicht mehr ausgeglichen sondern verschärft. Arme Kinder werden eher aussortiert als adäquat integriert.

- **Die Förderung von Kindern mit Migrationshintergrund**

Wir fordern:

'Der Teufelskreis von Migration und Armut muss durchbrochen werden.'

Förderangebote der Jugendhilfe und Familienbildung müssen Kindern mit Migrationshintergrund und ihre Eltern bereits in der frühen Kindheitsphase erreichen und ihren Integrationsprozess konsequent begleiten.

Alle Kinder und ihre Eltern mit Sprachdefiziten haben das Recht und die Pflicht auf eine nachhaltige Sprachförderung spätestens ab dem Kindergartenalter.

Wir stellen fest:

Für die Mehrzahl der Migrantenkinder gehört, wie die ISS-Studie feststellt, die Bewältigung von Armut zu ihrer Kindheit. Während 80% der deutschen Kinder seit 1999 keine Armutserfahrungen gemacht haben, sind es bei den Migrantenkindern nur rund 44%.

- **Den Ausbau- und Umbau der Gesundheitshilfe**

Wir fordern:

'Für alle Kinder ist eine verlässliche ganzheitliche gesundheitliche Versorgung sicherzustellen.'

Für die gesundheitliche Versorgung aller Kinder muss wieder eine Struktur aufgebaut werden, die auch unabhängig vom Mitwirken der Eltern sicherstellt, dass gesundheitliche Probleme von Kindern frühzeitig erkannt und behandelt werden. Es ist vor allem zu erreichen, dass

- eine aufsuchende Gesundheitsberatung auch für schwangere Frauen, die keinen Zugang zum Gesundheitssystem finden, durch Hebammen, Kinderkrankenschwestern und Ärzte, mit dem Ziel diese schwangeren Frauen an das Gesundheitssystem heranzuführen vorgehalten wird;
- auch Kinder, deren Eltern die Vorsorgeuntersuchungen versäumen, regelmäßig ärztlich betreut werden
- die Durchführung von Reihenuntersuchungen in Kindergärten und Schule, vor allem in benachteiligten Stadtteilen
- eine flächendeckende zahnärztliche Prophylaxe in den Kindertagesstätten und Schulen durchgeführt wird;
- eine sachgerechte medizinische Versorgung für ausländische Kinder insbesondere durch den Einsatz von Ärzten und Pflegekräften mit Migrationshintergrund angeboten wird.

Wir stellen fest:

Die freiwilligen Vorsorgeuntersuchungen werden bei weitem nicht von allen Familien wahrgenommen.

Für viele Kinder - insbesondere aus dem Armutsmilieu - ist die Schuleintrittsuntersuchung der erste Kontakt mit einer öffentlichen Stelle.

Besonders verschärft ist die Situation für 4 % aller Kinder die vor der Schule keinen Kindergarten besuchen.

- **Die Stärkung und Unterstützung der Erziehungsfähigkeit von Eltern**

Wir fordern:

'Eltern dürfen bei der Erziehung ihrer Kinder nicht alleine gelassen werden.'

Bereits in der Schule soll für junge Menschen durch das Fach 'Erziehung' eine Vorbereitung auf die Elternrolle erfolgen.

Vor allem für junge Eltern ist eine aufsuchende Elternberatung der Familien- und Gesundheitshilfe (wieder) einzurichten.

Angebote der Familienbildung sind neu zu konzipieren. Durch die Zusammenarbeit mit Gynäkologen/Hebammen müssen auch Eltern aus dem Armutsmilieu bereits vor der Geburt ihrer Kinder erreicht werden und anschließend in Geburtsvorbereitungskursen bei Still-, Krabbel- und Kleinkindergruppen einbezogen werden.

Die Ausrichtung von zukünftigen Angeboten der Familienbildung hat in enger Kooperation mit der Jugendhilfe, dem Gesundheitswesen und der Schule zu erfolgen.

Wir stellen fest:

Familie zu leben ist in unserer Gesellschaft zunehmend schwieriger geworden. Immer mehr Familien in Deutschland - insbesondere Alleinerziehende - gelten auch durch strukturelle Rücksichtslosigkeit der Gesellschaft als überfordert. Diese Versäumnisse werden vor allem durch eine mangelhafte materielle Unterstützung und fehlende Beratungs- und Betreuungsangebote deutlich. Besonders prekär ist die Situation für viele junge Eltern, insbesondere für die Mütter nach der Geburt des Kindes. Häufig sind sie isoliert und überfordert. Die damit verbundenen frühen Versäumnisse haben langfristige und zumeist schwerwiegende Konsequenzen. Für die von Armut betroffenen Familien stellen sich diese Probleme verschärft, da sie in der Regel von den vorhandenen Angeboten der Familienberatung und -bildung nicht erreicht werden.

Ausblick

Die Arbeiterwohlfahrt Niederrhein e.V. wird sich auch in Zukunft mit Nachdruck bei der Bekämpfung der Kinderarmut einsetzen. Als großer Träger der Jugendhilfe werden wir unter dem Motto 'Kleine Kinder – große Chancen' weiterhin unseren Schwerpunkt auf einen präventiven Ansatz zur Bekämpfung von Armutsfolgen setzen.

Als politischer Verband werden wir verstärkt Einfluss auf die Kinder-, Jugend- sowie Bildungspolitik des Landes, der Kreise und Kommunen ausüben. Unsere Ziele wollen wir mit einem breiten Spektrum von Bündnispartnern auch innerhalb der Parteien umsetzen.